

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870**

28.1.1870 (No. 24)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 28. Januar.

N. 24.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

## Telegramme.

† **Wien, 27. Jan.** Abgeordnetenhaus. Die Tiroler Abgeordneten Giovanelli, Greuter, Jäger, Pleiner, Wiesler und Bradesch legen ihre Reichsraths-Mandate nieder, weil sie gestern von dem Berichterstatter Tinti beleidigt wurden, ohne bei dem Präsidium Schutz zu finden.

† **Paris, 26. Jan.** In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers machten die Abgg. Esquivos und Gambetta dem Ministerium lebhaftest Vorwürfe darüber, daß dasselbe Truppen nach Grenzort beordert hätte; sie betrachteten dies als eine thatsächliche Intervention gegen die Arbeiter. Die Minister des Innern und der Justiz entgegneten: Da Konflikte möglich gewesen, habe die Regierung Truppen abgefordert, um Unordnungen zu verhüten und die Freiheit der Arbeit zu schützen. Die Truppen hätten sich nicht eingemischt, sondern seien ruhig und unbewegt geblieben. Der Zwischenfall blieb ohne weitere Folgen. — Der Herzog von Broglie ist gestorben.

## Deutschland.

**München, 26. Jan.** (Frf. Z.) Der Abregerwurf des Reichsraths-Ausschusses soll dem Inhalte nach ebenso entschieden, in der Form aber selbst minder gemäßigt sein als der von dem Ausschusse der Abgeordneten-Kammer ausgearbeitete. — Der Referent über das provisorische Steuer-Gesetz, Abg. Ministerialrath Diepolder, beantragte ein Mißtrauensvotum wegen der Verwendung des Preßfonds auszusprechen. Der Finanzausschuß lehnte den Antrag mit 6 gegen 3 Stimmen ab.

**München, 26. Jan.** Der Finanzausschuß der Abgeordneten-Kammer beantragt die Ermächtigung zur Fortsetzung der Steuern bis Ende März. Die Kammer wird vor Erledigung der geschäftlichen Aufgaben die Adresse auf die Thronrede berathen.

**Hamburg, 25. Jan.** Die „Börsenhalle“ meldet, daß die Errichtung einer „Hamburger internationalen Bank“ beabsichtigt sei. Der Hauptzweck derselben werde das überseeische Geschäft sein. Eine Konkurrenz mit den bestehenden Banken werde mit dem neuen Unternehmen nicht bezweckt, sondern sich dasselbe anlehnend verhalten.

**Berlin, 26. Jan.** In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde über die Vorlage zur Reform des materiellen Hypothekenrechts verhandelt. Dieselbe bezieht sich nicht auf die Rheinprovinz, und für mehrere andere Provinzen ist die Ausschließung von Seiten mehrerer Abgeordneten beantragt. In der Generaldebatte sprach sich der Justizminister über die Tendenz der Vorlage dahin aus, ihr Zweck sei eine Vereinfachung des Hypothekenwesens in formeller und materieller Beziehung, welche geboten sei durch die Ueberbürdung der Gerichte mit Arbeiten und durch den bereits fühlbar werdenden Mangel an Arbeitskräften. Die Grundgedanken des alten Hypothekenrechts seien festgehalten, die Reform bewege sich auf gutem, altem, konservativem Wege; überall sei der Doktrinismus zu Gunsten des praktischen Bedürfnisses ausgehoben. Die Regierung wolle mit Ergreifung der Initiative nur den veränderten Anschauungen über die Materie Ausdruck geben; wie weit eine solche Veränderung eingetreten, könnten Volksvertreter, mitten im Leben stehend, besser übersehen, als die Regierung. Der Minister betont die Zustimmung des volkswirtschaftl. Kongresses, so wie die überwiegende der juristischen Kommission zu den Grundfragen des Entwurfs. Er widerlegt das Vorurtheil, als begünstige der Entwurf den Schwundel. Schließlich bekämpft der Minister die beantragte Ausschließung einzelner Provinzen. Gegen 3 Uhr wurde die Fortsetzung der Berathung auf morgen vertagt.

In der heutigen Sitzung beantragte v. Sybel sofort Ausschlus des Hauses. Es werden aufgerufen 215 und bei der Rekapitulation noch 19 angemeldet und ist somit die Beschlußfähigkeit festgestellt. Die allgemeine Debatte über das Gesetz wegen des materiellen Hypothekenrechts wird fortgesetzt. Reichensperger spricht gegen, Laster, Regierungskommissar Förster für, Owersweg gegen, Justizminister, Schöning für den Entwurf. Die allgemeine Debatte wird geschlossen. Es folgt die Spezialdebatte über die §§ 1 und 2; Brauchitsch (Flatow) gegen.

\* **Berlin, 26. Jan.** Die offiziöse „Provinzial-Corresp.“ bestätigt, daß die Regierung die Kreisordnung fortberathen lassen wolle. Der Landtag werde voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Februar vertagt werden, um nach dem Schlusse der Reichstags-Session seine Beratungen wieder aufzunehmen. Die Regierung gebe die Hoffnung auf eine annähernde Verständigung nicht auf, zumal die gegenwärtigen Beschlüsse nur mit sehr geringer Mehrheit gefaßt seien und noch der Schlussberathung unterliegen. — Dasselbe Organ schreibt: „Der Besuch des Erzherzogs Karl Ludwig, welcher in heraldischer Weise mit dem königl. Hause verkehrte, ist eine neue Bürgschaft für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Höfen und Staaten.“ — Ferner schreibt die „Prov.-Korr.“: „Die Arbeitseinstellung in Waldenburg

ist nach amtlichen Meldungen als beendet anzusehen. Die Arbeiter sind theils im Laufe der vorigen Woche, theils am Montage (24.) sämmtlich zur Arbeit zurückgekehrt.“

† **Berlin, 26. Jan.** Der Erzherzog Karl Ludwig von Oesterreich hat Berlin wieder verlassen. Gestern Abend nach dem Gesellschaftsfeim im Palais verabschiedete sich Höchstersebe von den königl. Majestäten, sowie den Prinzlichen Herrschaften und trat dann Nachts um 1 Uhr mittelst Extrazuges der Anhaltischen Bahn auf dem Wege über Dresden und Prag die Rückreise nach Wien an.

Die Nachrichten über das Befinden Sr. Maj. des Königs lauten günstig. Höchstersebe ist auch von den Folgen seines neulichen Unwohlseins nunmehr vollständig wieder hergestellt.

Die seit kurzem in einem Theil der Presse umlaufende Mittheilung, es sei bereits entschieden, daß Stettin seine Eigenschaft als Festung verlieren werde, bezeichnet man in hiesigen politischen Kreisen als verfrüht und ungenau.

**Waldenburg, 24. Jan.** Einem Schreiben über die Wiederannahme der Arbeit entnimmt die Berliner „Volks-Ztg.“ die Mittheilung, daß ungefähr 600 Bergarbeiter, wovon sämmtliche Generalraths- und Ausschuss-Mitglieder, nicht wieder zur Arbeit angenommen werden. Die Auswanderung werde mit jedem Tage stärker.

## Oesterreichische Monarchie.

† **Wien, 26. Jan.** Gestern Mittag hatte Kaiserfeld die Ministerpräsidentenschaft anzutreten sich bereit erklärt, — gestern Abend hat er unbedingt abgelehnt. Die Ursachen dieses plötzlichen Wechsels liegen der Deffentlichkeit noch nicht vor, aber aller Analogie zufolge sind sie mehr persönlicher als sachlicher Natur. So haben sich denn die fünf Minister rasch entschlossen, das Präsidium aus ihrer Mitte zu wählen und Hasner, den Unterrichtsminister, der Krone zu präferiren.

## Italien.

**Rom, 21. Jan.** Die Liste der auf dem Konzil anwesenden Bischöfe stellt sich etwa so: 48 Kardinäle, 4 Primaten, 327 Bischöfe, 10 Patriarchen, 137 Erzbischöfe, 6 Aebte ohne Döcese, 13 Generalabte von Mönchsorden mit dem Privilegium der Mitra, 12 Generale und Generalvikare regulärer geistlicher Orden, 7 Generale und Generalvikare von Mönchsorden, 16 Generale und Generalvikare von Weltordern, in Summa 779 patres concolii. Den Nationen nach vertheilt die „Unia Cattolica“ die Väter folgendermaßen: Oesterreich und Ungarn 43, Deutschland 16, Frankreich 81, Spanien 40, Neapel 68, Piemont 20, Toscana 10, Lombardien und Venedig 10, Modena 4, Parma 2, Kirchenstaat 62 (also ganz Italien 176), England und Kolonien 27, Irland 19, Portugal 2, Belgien 6, Holland 3, Schweiz 4, Griechischer Archipel 4, Vereinigte Staaten 40, Südamerika 30, Canada 9, verschiedene orientalische Niten 42. Endlich die des päpstlichen Stuhles gewärtigen Bischöfe in partibus infidelium, meistens Missionsbischöfe: 119.

\* **Rom, 25. Jan.** Graf Lavradio, portugiesischer Gesandter in Rom, ist krank. Dr. Melaton, der in Neapel war, ist zur Konjultation gerufen worden. Der Bischof von Nimes, einer der Führer der ultramontanen Partei, einer der ersten Unterszeichner der Petition zu Gunsten der persönlichen Unfehlbarkeit des Papstes, ist ebenfalls bedenklich erkrankt. Der Paps hat ihn gestern Abend besucht und hat eine halbe Stunde bei ihm zugebracht. Dieser ganz unerwartete Besuch hat Aufsehen erregt.

## Frankreich.

**Paris, 25. Jan.** (Köln. Ztg.) Das Befinden des Kaisers ist wieder befriedigend, er zeigte sich heute auf der Terrasse des Tuileriegartens, und da das Wetter günstig war, ging er auf die Jagd. Sein Leibarzt, Dr. Corvillat, wünscht, daß der Kaiser wenigstens einmal in der Woche auf die Jagd gehe, da die starke Bewegung in der frischen Luft seiner Gesundheit förderlich sei. — Die Grebe im Grenzort ist so gut wie zu Ende, dagegen haben die Porzellanarbeiter von Limoges die Arbeit eingestellt. — Heute und morgen finden keine Soireen bei den Ministern statt, weil heute ein großes politisches Diner im Palais Royal und morgen Ball in den Tuilerien ist. Nur Marschall Canrobert, der sich gern neben den Kaiser stellt, hat seinen Empfangsabend für morgen nicht abgelehnt. — Bonville und die anderen bedrohten Präfecten wollen nach dem Beispiele von Hauptmann nicht ihre Entlassung geben, sondern abgesetzt sein. Für das Nord-Departement empfiehlt Thiers seinen Freund David, welcher schon unter Cavaignac Präfect dieses Departements gewesen. — Heute wurde im Ministerrathe ein Gesetzesvorschlag über Preßvergehen und ein neuer Gesetzesvorschlag über die Anwendung der Todesstrafe verlesen. — Die Mitglieder des linken Centrum sind auf fünfzig angewachsen. — Die sogenannte Infanteriedirection im Kriegsministerium ist mit ihren Gutachten über die Zulässigkeit einer Herabsetzung des Jahreskontingents noch nicht zu Ende gekommen. Die bisher maßgebende Meinung war indeß, daß eine Verminderung der Konstriktion um 10- bis 15,000 Mann jährlich auch finan-

ziell weit weniger erleichternd wirke, als eine im größten Umfange und regelmäßig zu bewirkende Semesterebenleistung von etwa 25- bis 30,000 Mann. Daß, wie Einige behaupten, General Le Boeuf sich gegen jede Konzession ausgesprochen habe, weil bei der herrschenden Agitation bei geringerer Truppenzahl unter den Fahnen nicht auf jedem Punkte des Landesgebiets jederzeit für die Ruhe eingestanden werden könne, klingt sehr unwahrscheinlich. Auf 25- oder 30,000 Mann mehr oder weniger bei den Fahnen kommt es zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ordnung sicher nicht an. — Morgen erscheint im „Reveil“ ein Schreiben Ledru-Rollin's, in dem er seine baldige Ankunft in Paris anzeigt, ohne übrigens Tag und Stunde derselben zu bestimmen. Der ganze Brief ist nichts als ein sentimentaler Gruß des Wiedersehens an Frankreich. — Ollivier scheidet nun doch heute ins Justizministerium auf dem Vendomeplatz über. Die Unzulänglichkeiten, und namentlich die Zeitverluste der getrennten Wirkthätigkeit waren zu groß, als daß er seinem Wunsche gemäß nach wie vor in der alten Wohnung hätte fortleben dürfen.

\* **Paris, 26. Jan.** Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 25. Jan.

Hr. Forcade eröffnet die Sitzung mit dem Schluß seiner Rede, worin er die Handelsfreiheit und die Handelsverträge mit England verteidigt. Diesmal beleuchtet er vorzugsweise die Verhältnisse und Interessen der Baumwollspinnerei, die er sehr eingehend erörtert. Er sagt schließlich: Sie werden mit all' der Schonung verfahren, die eine Uebergangsperiode erfordert, allein Sie werden die Prinzipien aufrecht erhalten. Je mehr Sie in das Studium der Thatsachen einbringen, um so mehr werden sich Ihnen folgende zwei Wahrheiten aufdrängen: Zunächst, daß in einem Lande wie Frankreich die wahrhaft nationale Arbeit die nützlichste und produktivste ist; zweitens, daß die Nationalindustrie sich ohne Schutzoll entwickeln kann, um ihre Produkte über die ganze Welt auszubreiten. (Sehr gut!) Und über diesen staatsökonomischen Wahrheiten steht noch eine höhere moralische Wahrheit: Je mehr man nämlich den Freihandel begünstigt, um so mehr begünstigt man auch die Annäherung der Völker durch Solidarität ihrer Interessen. Auf diese Weise also werden Sie zu dem großen Werke der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beitragen, welches ein Werk des Friedens und der Zivilisation ist. (Lebhaftes Zustimmung und langer Beifall.)

Nach einer Rede des Baron Lesperat, der sich bemüht, die Rede des Hrn. v. Forcade zu widerlegen, seinerseits aber wieder von Hrn. Desseilligny widerlegt wird, ergreift Hr. Thiers das Wort und äußert: „Ich gebe zu, daß dem Gotte des Fortschritts Opfer gebracht werden müssen, selbst Menschenopfer; allein wenn man den Fortschritt mit Vorsicht und Maß bewerkstelligen kann, so hat man nicht das Recht, ganze Generationen preiszugeben. Ich wünsche, daß die Kammer mehr Einreden und Widersprüche höre, wenn die Redner jeder nur eine Rede halten, so sind sie zwei Armeen ähnlich, die aus weiter Ferne aufeinander feuern und nie ernstlich an einander gerathen. Man sagt, daß die Enquete Alles aufhellen wird; allein es gilt vor der Enquete wenigstens eine Entschlieung zu fassen; wenn man nämlich den Handelsvertrag nicht kündigen will, so kann man doch Unterhandlungen eröffnen, um gewisse Tarife zu modifiziren. Hr. v. Forcade hat so eben einen Irrthum eintreten lassen. (Bewegung.) Hr. v. Forcade ist auf sein Werk stolz, das begreife ich, ich aber erlaube mir, ihm zu sagen, daß ich dasselbe für höchst heftigsten Werth ansehe. (Lärm.) Er und seine Kollegen hatten uns daran gewöhnt, von ihnen zu hören, daß nicht ein Fehler begangen worden ist. (Lärm.) Wohlan, es möge dem so sein, ich erlaube dann nur darüber, wie Hr. v. Forcade unser Kollege geworden ist. (Murren.) Sie haben indeß anerkant, daß man sich bezüglich der Wollensstoffe geirrt hat, daß der Zoll von 10% nicht ausreichend ist und daß er auf 15% hätte festgesetzt werden müssen. (Widerspruch.) Das beweist, daß es nichts Unvorsichtigeres gibt, als die Verträge, denn es ist unmöglich, alle Folgen vorherzusehen, und man soll sich die Hände nicht binden. Darum gibt es in der zivilisirten Welt nur eine Stimme gegen die Handelsverträge. (Lärm und Gelächter.)

B r a m e: Hr. Thiers hat Recht; man darf die Verträge nicht mit den Tarifen verwechseln.

Thiers: Das macht Sie lachen; allein dieses Lachen ist nicht das des Wissens. (Lärm.) Alle Welt weiß, mit Ausnahme Derer, die mich unterbrochen haben, daß die Verträge in England verurtheilt sind, und daß die Minister, aufgefordert, sich dieserhalb zu verantworten, als Entschuldigunng angeführt haben, dies sei das einzige Mittel gewesen, Frankreich zu fesseln, da, wenn man es zu Rath gezogen hätte, es nie eingewilligt haben würde. Sie können nicht behaupten, daß kein Artikel geändert werden kann, da Sie selbst einen Irrthum in Bezug auf eine Industrie zugeben, die 150 Millionen repräsentirt. Ich werde nachweisen, daß bezüglich der Industrie der Gewebe noch andere Freihändler vorliegen; und Angehörige von Reichthümern, wie ich sie trotz meines Alters noch nie der Art gesehen habe, würde es wahrhaft unerhört sein, zu behaupten, daß kein Artikel abzuändern sei. Man hat Ihnen in dieser Sitzung den Rath erteilt, nicht zur Vergangenheit zurückzugehen, ich gebe Ihnen den anderen: Sagen Sie nicht, daß an den Verträgen nichts zu ändern ist, denn dies würde bei der Stimmung der Gemüther einen tiefen und schlimmen Eindruck machen. (Bewegung. — Mehrere Stimmen: Die Enquete wird stattfinden.) Dieses ist kein Grund, Am nächsten 7 Febr. läuft der Termin für die Kündigung der Verträge ab. Kann man ohne sie zu kündigen und ohne England zu verlegen, nicht neue Unterhandlungen eröffnen. Die En-

quete wird in sechs Monaten, in einem Jahre vielleicht erst ein Resultat geben. Unterdessen dauern die Leiden fort und noch mehr Häuser brechen zusammen. Heute ist es noch möglich zu unterhandeln, ist die Frist verstrichen, so kann man es nicht mehr. Deshalb verlangen wir, daß die Tagesordnung geändert und die Frage der Beiträge gleich morgen diskutiert werde. (Ja, ja.) Wenn die Kammer diesen Vorschlag annimmt, verlange ich das Wort, um die Frage in ihrer Gesamtheit wieder aufzunehmen.

Hr. v. Forcade erklärt, daß er sich diesem Vorschlage des Hrn. Thiers anschließt. — Die Kammer spricht zunächst den Schluß der allgemeinen Diskussion aus und entscheidet hierauf, daß die Spezialdiskussion über die Beiträge bereits morgen (Mittwoch) beginne.

\* Paris, 26. Jan. Die „France“ bringt ein Schreiben des Mgr. Dupanloup an den Mgr. Dechamps, Erzbischof von Mecheln, worin er ihm ankündigt, daß ihm von der päpstlichen Regierung die Erlaubnis verweigert ist, seine Antwort auf den Brief dieses Prälaten dem Druck zu übergeben.

Wie es heißt, liegt Hr. Vancel sehr gefährlich am Nervenstieber darnieder. Von anderer Seite wird wieder behauptet, daß sein Zustand keineswegs beunruhigend sei.

Wie das „Peuple français“ meldet, hat der Kaiser Prinz vergangene Woche dem Papst, seinem Patzen, einen eigenhändigen Brief geschrieben.

Der Erzbischof von Algier, Mgr. Lavignerie, ist in Paris angekommen.

Der „Opin. nation.“ zufolge ist ein Gesetzentwurf dem Staatrath unterbreitet worden, der das Gesetz der allgemeinen Sicherheit aufhebt. — Rente 73.85, Cred. mob. 208.75, Ital. Anl. 55.15.

### Spanien.

Madrid, 25. Jan. Trotz der günstigen Aussichten der ersten Tage ist der Herzog von Montpensier in den Wahlen für Oviedo und für Aviles schließlich doch durchgefallen. Ebenso ist es dem Karlisten-General Ramon Cabrera in Jativa ergangen. Die Nachrichten über die Schlussergebnisse der Ergänzungsahlen sind noch unvollständig; doch scheinen sich die vorläufigen Berechnungen im Allgemeinen zu bewahrheiten. In Avila, Caceres, Oviedo, Aviles, Murcia, Borca, Jaen, Lugo, Ciudad Real, Sinzo de Limia haben die monarchischen Kandidaten gesiegt, meist über Gegner ihrer eigenen Partei, indem sich Unionisten und Progressisten gegenüberstanden. In Oviedo und Aviles haben die Kandidaten der letzteren, Perez La Sala und Julian San Miguel, mit 17,108 und 18,543 Stimmen über den von den Unionisten unterstützten Montpensier (der 14,870 bez. 15,086 Stimmen erhielt) gesiegt, eine unangenehme Niederlage für den Herzog. Die Berichte aus Cadix und Jerez sind verworren. In Badajoz scheinen die Republikaner zwei Siege gewonnen zu haben; in Valencia hat der Republikaner Cervera, offenbar ein Verwandter des gestorbenen gleichnamigen Mitgliedes, gesiegt.

Der neue Justizminister Montero Rios hat folgende Vorlagen ausgearbeitet, die den Cortes demnächst übergeben werden sollen: 1) ein Gesetz über die Organisation der Gerichte; 2) eine Reform des Strafgesetzbuches bezüglich der bürgerlichen Rechte; 3) ein Gesetz über die ausnahmslose Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit bei Kriminalverfahren; 4) ein Gesetz über die Stellung der Geistlichkeit gegenüber den weltlichen Behörden.

\* Madrid, 26. Jan. Man hält die Niederlage des Herzogs von Montpensier in Oviedo und in Aviles allgemein für sehr bezeichnend. Die Wichtigkeit dieser Niederlage geht besonders aus den unerhörten Anstrengungen hervor, die von den Freunden des Herzogs gemacht worden waren, und namentlich von dem Marquis v. Campo-Segredo, einem Schwiegerjohn der Königin Christine, dessen Vater in Asturien allmächtig war. Man bemerkt auch, daß die gegen den Herzog von Montpensier gewählten Abgeordneten der Mehrzahl nach nicht namhafte Personen waren, sondern daß die Republikaner, die Habelisten, die Progressisten, die Absolutisten, mit ein in Worte alle Parteien aus Feindseligkeit gegen den Herzog von Montpensier denselben ihre Namen gegeben haben, um die Kandidatur des Herzogs zu besiegeln. Man glaubt, daß es überall so sein dürfte und zieht daraus den Schluß, daß man nicht daran denken kann, aus dem Herzog von Montpensier einen nationalen König zu machen.

### Belgien.

Brüssel, 25. Jan. (Rdn. 3.) Die heutige Sitzung der Repräsentantenkammer zeichnete sich durch zwei ungewöhnliche Zwischenfälle aus. Der erste war ein vom Generalprokurator des Appellationsgerichts von Brüssel gestellter Antrag auf Ermächtigung zu einer gerichtlichen Verfolgung gegen Hrn. Coremans, Abgeordneter für Antwerpen. Die Anklage bezieht sich auf die Antwerpener Wahlen; Hr. Coremans ist beschuldigt, durch Antedatierung des Wählervertrags seines Hauses sich unrechtmäßiger Weise auf die Wählerliste gebracht zu haben. Die Angelegenheit war so lange von den Gerichten verzögert worden, daß der gesetzliche Termin, innerhalb dessen sie zulässig, bis auf wenige Tage verstrichen ist; deshalb trug Hr. Coremans selbst darauf an, die geforderte Ermächtigung sofort zu erteilen. Die Kammer hat jedoch die Sache an die Sectionen überwiesen und vermuthlich dadurch die weitere gerichtliche Verfolgung unmöglich gemacht. Der zweite Zwischenfall entstand durch eine Rede des Hrn. Dumortier, den heftigen Redner der Rechten, welchem ungemessene Ausdrücke so gewöhnlich sind, daß in der Regel Niemand großes Gewicht darauf legt. Dieses Mal aber ging es anders. Bei Gelegenheit der Berathung über den Ankauf einer früheren Besitzung des Prinzen Friedrich der Niederlande zur Anlage eines ländlichen Bettlerdepots machte Hr. Dumortier den Beamten der Regierung den Vorwurf, sie hätten jenes Besitzthum zu hoch taxirt und dafür Bestechungen (pots de vin) erhalten, und verlangte eine Untersuchung. Der Justizminister bezeichnete die Behauptung als eine Verleumdung. Nun entstand ein ziemlicher Sturm; Hr. Rogier sprach für die Untersuchung, die entweder die Wahrheit der Anschuldigung oder ihre Grundlosigkeit beweisen müsse; in

letzterem Falle werde Hr. Dumortier die Folgen davon zu tragen haben. Nun suchte sich dieser aus der Sache zu ziehen und die Angelegenheit endete damit, daß nach einigen Vermittlungsversuchen der H. de Theur und Vilain XIV. Hr. Dumortier seine Ausdrücke zurücknahm.

### Dänemark.

Kopenhagen, 22. Jan. Das isländische Athing hat ein ausführliches Memorandum über die schwebende Verfassungssache an die Regierung in Kopenhagen eingesandt.

### Türkei.

\* Konstantinopel, 19. Jan. Ruschi-Pascha hat nach reiflicher Ueberlegung das ihm gemachte Anerbieten des Bezirats abgelehnt. Die Bitten des jetzigen Bezirats sind erfolglos geblieben. Djemil-Pascha reist wieder nach Paris zurück.

### Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 27. Jan. 47. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Am Ministertische: Die Ministerpräsidenten v. Dusch und Elstäter; Geh. Referendar Regenauer und Ministerialrath Turban.

Nach Eröffnung der Sitzung machte der Präsident eine geschäftliche Mittheilung. Der Sekretär Gerber zeigte einige Petitionen an. Sodann wird die Drucksfertigkeit folgender Berichte angezeigt: Von Abg. Schmezer über die Petitionen, die Zulassung zum einjährigen Freiwilligendienst ohne Kenntniß des Lateins betr., von Abg. Gerber über den Gesetzentwurf, die Rheinverordnungen betr., von Abg. Hebling über das Budget der Badeanstalten; der Druck dieser Berichte wird stillschweigend genehmigt.

Ministerialpräsident Elstäter macht eine Vorlage, die Darstellung des umlaufenden Betriebsfonds im Jahr 1869 und den Vorschlag des Bedürfnisses für 1870 und 1871 betr., und sagt bei, daß ersterer sich auf 6,649,056 fl., letzterer auf 4,174,400 fl. belaufe.

In der Tagesordnung folgt die Berathung über den Bericht des Abg. Hummel über den Gesetzentwurf, die Verleihung des Rechts zur Ausgabe von Banknoten an eine badische Bank betr.

Abg. Morstadt: Bei dieser Vorlage sei mit der nöthigen Vorsicht zu Weg gegangen, indem der Gegenwert der ausgegebenen Noten stets zu einem Drittel in Silber, zwei Drittel in Wechseln oder Gold vorhanden sein müsse, und indem der Bank nur die solidesten Geschäfte gestattet seien. Da es kaum eine solidere Basis für die Notenausgabe geben könne, so trage er kein Bedenken, der Vorlage mit vollem Herzen zuzustimmen. Doch glaube er immerhin, daß dem großen Theil unseres Handels und unserer Industrie diese Bank nicht von großem Nutzen sein werde; es müsse daher neben dieser Discountbank bald noch eine Kreditbank entstehen.

Abg. Lenz: Diese Vorlage bringe zur Befriedigung des Handels diese lang schon schwebende Frage endlich zum Abschluß. Schon 1846 habe Mathy einen Bericht über die Errichtung einer Bank dem Hause unterbreitet. Eine Anzahl der in den bisherigen Projekten hervorgetretenen Mifsstände sei in dieser Vorlage beseitigt worden, wobei Redner insbesondere die prinzipielle Anerkennung der Bankfreiheit hervorhebt.

Abg. Frey: Dieses Gesetz werde allgemeine Befriedigung hervorrufen. Die badische Bank werde die Zirkulationsmittel im Interesse des wachsenden Verkehrs mehren. Er stimme daher dem Gesetze mit Freude zu.

Abg. Tritschler stimmt mit den Vorrednern darin überein, daß diese Vorlage wirklich einem Bedürfnisse entspreche.

Abg. Gerwig erkennt dieses Bedürfnis an, hält es aber nicht für geeignet, eine eigene Bankgesetzgebung für Baden deshalb zu schaffen. Es wäre wohl praktischer gewesen, der Frankfurter oder Berliner Bank die Errichtung von Filialen in Baden zu gestatten. Er werde in dem Falle gegen das Gesetz stimmen, wenn die Bestimmung, daß 10-fl.-Scheine ausgegeben werden dürfen, darin stehen bleibe; denn dadurch würden die bessern kleineren Zirkulationsmittel, insbesondere das badische Papiergeld verdrängt werden. Das mindeste scheine ihm 35-fl.-Noten zu sein.

Abg. v. Feder erklärt sich mit dem Gesetze prinzipiell einverstanden; doch wünscht derselbe, die Regierung möge dafür sorgen, daß die öffentliche Subskription für theilweise Zeichnung des Bankkapitals nicht bloß auf dem Programm stehe, sondern dem Publikum wirklich offen sei.

Ministerialpräsident v. Dusch dankt dem Berichterstatter für die lichtvolle Arbeit und wendet sich sodann gegen die Ausführungen des Abg. Gerwig; es habe sich eben keine auswärtige Bank dazu gemeldet, im Inland Filialen zu gründen, während eine inländische Gesellschaft eine selbständige Bank errichten wolle. Zudem sei das letztere vortheilhafter, weil ein solches Geschäft mehr Rücksicht auf die inländische Industrie nehmen werde. — Was die Ausgabe von 10-fl.-Noten betreffe, so sei diese Frage nicht einseitig in Baden zu lösen; sondern die Bank müsse wegen der Konkurrenz mit andern Banken, welche eben solche Noten ausgeben, dieses Minimum ihrer Zirkulationsmittel feststellen. Das von Abg. Morstadt hervorgehobene Bedürfnis nach einer Kreditbank bestehe, und wenn, wie zu hoffen, bald eine solche errichtet würde, so werde sie in der Zettelbank eine wichtige Stütze finden.

Abg. Lamey: Die zu gründende Bank bedürfe eigentlich zu den von ihr vorzunehmenden Geschäften die ständische Zustimmung nicht, sondern nur die bezweckte Notenausgabe mache die ständische Zustimmung nöthig. Man solle dabei die Banknoten nicht als die alleinigen Nachtwölge des Kredits mit mißtrauischen Augen ansehen; viel schwerer sei der Kredit gefährdet durch die 150 Millionen Eisenbahn-Obligationen und den schwankenden Privatkredit. In geringern Krisen würden überhaupt die Banknoten nicht sehr entwerthet; auch seien gerade die kleineren Leute weniger im Besitz solcher Banknoten. In der Ausgabe dieser paar Millionen Banknoten liege also, mit den andern Kreditgefahnen verglichen,

nur ein geringes Risiko. Zudem werden zuerst nicht das badische Papiergeld, sondern das fremde und die fremden Banknoten durch dieselben verdrängt werden.

Da das bei dem im Jahre 1863 und 64 vorgelegten Entwurf von dem Hause Getabelle jetzt beseitigt sei, so möge man dem Entwurf zustimmen. Auch sei bei dem kleinen Absatzgebiet dieser Bank die Ausgabe von Zehn-Gulden-Noten, um denselben noch die nöthige Umlauffähigkeit zu geben, unvermeidlich.

Abg. Blum schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Redner macht zugleich auf die Nothwendigkeit aufmerksam, Banken für den landwirtschaftlichen Kredit zu gründen, zu deren Errichtung die Kreise nicht immer kräftig genug seien.

Abg. Kirsner widerspricht der Ansicht des Abg. Lamey, daß das Papiergeld und die Eisenbahn-Obligationen in Baden nicht einmal so viel Sicherheit, wie die auszugebenden Banknoten bieten, da hinter den erstern als Deckung das ganze Staatsvermögen stehe.

Der Berichterstatter Abg. Hummel zeigt in längerem Vortrage, daß in dem Gesetzentwurf alles vom Handelsstand gewünschte berücksichtigt sei, indem er dabei die Grundzüge des Bankwesens auseinandersetzt; Redner vertheidigt die Bestimmung des Entwurfs, wornach die Hälfte des Betrags in 10-fl.-Noten ausgegeben werden dürfe, und widerlegt die Befürchtung, daß das badische Papiergeld, welches jetzt schon in vielen Klassen als Reserve behalten werde, durch die Banknoten verdrängt würde.

Ministerialpräsident v. Dusch hebt hervor, daß, wenn eine allgemeine Bankgesetzgebung in Deutschland zu Stande kommen sollte, dieses Gesetz dem nicht entgegenstehen werde, und anerkennt die Wichtigkeit der Gründung von Banken für den Bodenkredit, welche Frage übrigens bei uns nicht so dringend als in Norddeutschland sei.

Sodann wird zur Spezialdiskussion übergegangen.

Zu Art. 1 regt Abg. v. Feder an, es möge die Fertigung der Banknoten von Staatswegen übernommen werden, damit nicht über das gesetzlich bestimmte Maß gefertigt und Fälschungen besser verhütet würden.

Abg. Käf hält diesen Antrag für unzulässig, weil die Fertigung der Banknoten eine innere Frage der Gesellschaft und Art. 12 und 13, welche der Regierung die Kontrolle über die Bank geben, der vom Vorredner geäußerten ersten Befürchtung schon zuvorkommen.

Ministerialpräsident v. Dusch schließt sich diesen Ausführungen an.

Art. 1 und 2 werden nach dem Kommissionsantrag angenommen.

Zu Art. 3 hebt Abg. Noff hervor, es könnte die Frage auftauchen, ob hier nicht noch die Bestimmung aufzunehmen sei, daß die Bank verpflichtet sein solle, den Minimalbetrag ihrer Noten dann zu ändern, wenn sich die Zettelbank-Gesetzgebung selbst ändere, und ob der Staat für die in solchem Fall entstehenden Kosten der Bank entschädigungspflichtig sei. Ersteres scheine ihm jedoch unnöthig, weil durch Art. 13 des Gesetzes schon eine solche Verpflichtung des Bankkonfortiums geschaffen sei.

Abg. Käf widerlegt die Besorgnis, daß im Falle einer Aenderung des Minimalbetrags der Noten der Staat entschädigungspflichtig sei.

Art. 3 wird angenommen.

Zu Art. 4 (wornach ein Drittel des Werths der umlaufenden Banknoten stets in Silber, der übrige Betrag in Wechseln oder Gold vorrätzig sein muß) glaubt Abg. Kirsner, daß das Gold eben so große Sicherheit der Deckung biete, als das Silber, besonders da ja bald die Goldwährung auch bei uns werde eingeführt werden.

Ministerialpräsident v. Dusch: Da jetzt noch die Silberwährung bestehe, so müsse ein Drittel der Baardeckung eben hierin, nicht in Gold, das eine bloße Waare sei, bestehen; mit Einführung der Goldwährung müßte dieses Drittel in Gold als dem gesetzlichen Zahlungsmittel bestehen, welchen Ausführungen sich Abg. Käf und der Berichterstatter Abg. Hummel anschließen.

Hierauf wird Art. 4 nach dem Kommissionsantrag angenommen.

Zu Art. 5 glaubt Abg. Noff, daß Abj. 2 des Art. 24 der Statuten in den Art. 5 aufzunehmen sei (lautend: die Einlösungspflicht besteht für Mannheim und für diejenigen Zweigniederlassungen, für welche sie durch öffentliche Bekanntmachung ausdrücklich festgesetzt ist), damit nicht das Mißverständnis entstehe, als ob auch in anderen Zweigniederlassungen die Noten eingelöst werden müßten.

Abg. Käf wendet sich gegen diesen Antrag, weil ein solches Mißverständnis gar nicht möglich sei; höchstens wäre die Schaffung von Einlösungskassen in Frankfurt und Leipzig wünschenswerth. Redner spricht ferner den Wunsch aus, daß besonders in kritischen Zeiten durch Regierungskommissionäre die Einhaltung der Einlösungskassen kontrollirt werde.

Nach Erwidern des Abg. Noff hebt Ministerialpräsident v. Dusch hervor, daß das Gesetz nur die Einlösungspflicht, das Statut dagegen den Ort, wo dieselbe stattfinden, regle. Dem Wunsch des Abg. Käf werde entsprochen werden.

Abg. Kayser unterstützt den Antrag des Abg. Noff und beruft sich auf den Handelstag, welcher die Einlösungspflicht auch nach auf die Niederlassungen, für welche solche öffentliche Bekanntmachungen nicht stattgefunden, ausdehnen wollte.

Ministerialrath Turban erwidert, daß eine solche gesetzliche Verpflichtung vom Handelstag nicht gewünscht worden.

Der Berichterstatter Abg. Hummel vertheidigt ebenfalls den Regierungsentwurf, da die beantragte fakultative Bestimmung der Einlösungskasse im Gesetze selbst keinen Sinn hätte.

Art. 5 wird hierauf unter Ablehnung des Antrags des Abg. Noff nach dem Kommissionsentwurf angenommen.

Zu Art. 6 bemerkt Abg. Kusel: Es scheine ihm kein Grund vorhanden, die Frist von 2 Jahren, welche zur Ein-

lösung oder zum Umtausch der Noten nach vorheriger öffentlicher Bekanntmachung den Noteninhabern von den Bankunternehmern selbst gewährt werden wolle, in eine Frist von 6 Monaten, wie der Kommissionsantrag vorschlägt, zu verkürzen. Redner beantragt Wiederherstellung des Regierungsentwurfs.

Ministerialrath Turban: Nach dem Regierungsentwurf werden nach Umlauf der zweijährigen Frist die Banknoten völlig werthlos; die Kommission dagegen verkürzt die Frist zwar auf 6 Monate, aber nach dieser Zeit solle noch 5 1/2 Jahre lang die Banknote als bloßer Schuldschein (ohne Vorzugsrecht und gewöhnlichen Einlösungsmodus) präsentabel sein, so daß die jetzt getroffene Vorsorge noch größer sei als die von der Regierung beabsichtigte. Redner bittet den Antrag des Vorredners nicht anzunehmen.

In gleichem Sinne spricht sich Abg. Kirsner aus und wünscht nur Ersetzung der eigentlichen Einlösungszeit auf 1 Jahr, welchem Wunsch Ministerialpräsident v. Dusch entgegentritt.

Abg. Grimm spricht sich für den Kommissionsvorschlag aus, welcher aber einer redaktionellen Aenderung bedürfe, etwa statt: sie behalten die Kraft „einfacher Schuldscheine“, die Kraft von Schuldscheinen auf den Inhaber.

Abg. Kusel ändert seinen Antrag dahin, aus der Einlösungsfrist von 6 Monaten eine solche von 1 Jahr zu machen.

Abg. Räf hält die Bedenken der beiden Vorredner für unbegründet. Das Bedenken des Abg. Grimm sei unerheblich; denn eine Banknote werde allgemein als ein Schuldschein über ein Darlehen betrachtet und erhalte überdies noch durch dieses Gezeß den Charakter eines gültigen Schuldscheins.

Abg. Lamey spricht ebenfalls für den Kommissionsantrag, welcher den Verhältnissen des Lebens viel mehr entspreche. Es liege im Interesse des Publikums wie der Bank, daß die Einlösungsfrist eine kurze sei, indem sonst das Publikum die Frist leicht vergesse. Endlich tritt Redner den Ausführungen des Abg. Räf über die juristische Natur der in dieser Frist nicht eingelösten Banknote bei.

Abg. Eisenlohr beantragt im Gezeß auszusprechen, daß diese Papiere nach Ablauf der 6 Monate „einfache Inhaberpapiere“ werden (statt einfache Schuldscheine).

Nach einigen Bemerkungen des Ministerialpräsidenten v. Dusch und des Abg. Kofhirt erklärt sich der Berichterstatter Abg. Hummel gegen den Antrag des Abg. Kusel; dagegen sei er Namens der Kommission damit einverstanden, daß nach „einfache Schuldscheine“ noch „auf den Inhaber“ zugesetzt würde.

Hierauf wird dieser Art. unter Ablehnung des Antrags des Abg. Kusel mit ebengeachteter Aenderung nach dem Kommissionsantrag angenommen.

Zu Art. 7 macht Abg. Räf darauf aufmerksam, daß der Erwerber einer bona fide erworbenen verfälschten Banknote nicht den Schaden tragen dürfe.

Ministerialpräsident v. Dusch: Eine gesetzliche Verpflichtung der Bank hierzu könne nicht begründet werden; doch werde eine coulaute Bank solche Noten den dadurch Geschädigten abnehmen.

Zu Art. 9 spricht Abg. v. Gulat die Befürchtung aus, daß diese Bestimmung: „Die Banknoten haben ein allgemeines Vorzugsrecht nach den Staatsforderungen gemäß L.R.S. 2101 und 2104“ der Kreditgewährung an die Bank nachtheilig sein dürfte.

Der Berichterstatter Abg. Hummel verteidigt diese Bestimmung, welche dem Publikum einen Schutz gewähre, indem dasselbe wegen der Verkehrsverhältnisse gewissermaßen genöthigt sei, Gläubiger der Bank zu werden.

Abg. Räf: Nur ein Konflikt sei möglich, der zwischen den Notengläubigern und den Depositengläubigern. Dabei werde den Ersteren der Vorzug gegeben, weil sie der Zirkulation und nicht der Bank ihr Vertrauen schenken, weil letztere sich es selbst zuschreiben hätten, wenn sie einen schlechten Gläubiger auswählten.

Abg. Eisenlohr: Es sei doch zweifelhaft, warum den Notengläubigern ein allgemeines Vorzugsrecht zugestanden, also auch das für die Depositengläubiger zurückgelegte Kapital ihrem Vorzugsrecht unterworfen werden solle. Auch die Notengläubiger hätten ja ihr Vertrauen der Bank geschenkt und sich es zugurechnen, diesen Gläubiger auszuwählen zu haben.

Ministerialpräsident v. Dusch: Es lassen sich eben im Vermögen der Bank nicht zwei Massen scheiden und die eine dem Zugriff der Noten-, die andere dem der Depositengläubiger unterwerfen. Zudem sei die Bank nach dem neuen Statut in dem Depositengeschäft sehr beschränkt.

Abg. Räf: Der Abg. Eisenlohr könne auch eine Benachtheiligung der Girogläubiger in dieser Bestimmung sehen. Diefelbe beruhe eben auf dem Grundgedanken, daß eine Zettelbank eigentlich gar keine andern Geschäfte machen solle.

Art. 9 wird hierauf nach dem Kommissionsantrag angenommen; ebenso die Art. 10, 11 und 11a, nachdem zu letztem der Berichterstatter noch eine erläuternde Bemerkung gemacht und ein von dem Abg. Lindau geäußertes Mißverständnis beseitigt hatte.

Zu Art. 11b macht Abg. Kofhirt auf die dadurch nöthig werdende Aenderung der Bankstatuten aufmerksam, womit sich Ministerialpräsident v. Dusch und der Berichterstatter einverstanden erklären.

Die Art. 11b, 12 und 13 werden nach dem Kommissionsantrag angenommen.

Zu Art. 14 wünscht Geh. Referendar Rege nauer, daß der von der Kommission beantragte Zusatz, wornach das an die Staatskasse auszufolgende Fünftel des jährlichen Reingewinns (nach Abzug einer Dividende von 5 Prozent des Aktienkapitals) als „weitere Steuer“ entrichtet werden solle, gestrichen werde.

Abg. Räf verteidigt den Kommissionsantrag, welcher das Mißverständnis ausschliesse, daß der Staat selbst an der Bank theilhaftig sei; ebenso Abg. Lamey; der Staat könne nur kraft seines Besteuerungsrechts dieses Weitere von der Bank

beziehen, nachdem er ja vorher das Gewerbesteuerkapital der Bank um die Hälfte vermindert habe; für das Banknotenmachen dürfe er keine Vergütung verlangen, da der Staat ein Banknotenregal nicht habe.

Ministerialpräsident Ellstätter: Die Ausgabe von Banknoten sei kein Gewerbe, sondern ein Theil des dem Staat ausschließlich zustehenden Münzregals; für Ueberlassung desselben könne der Staat eine Abgabe verlangen. Eine Steuer sei diese nicht, da diese Abgabe ja für eine spezielle Leistung gegeben werde. Uebrigens sei die Abänderung unerheblich.

Abg. v. Gulat ist mit den Ausführungen des Abg. Lamey einverstanden und wünscht nur Erhöhung dieser Abgabe.

Abg. Räf wendet sich dagegen, daß Banknoten unter das Münzregal fallen, da sie ja keinen Zwangskurs hätten; überdem solle das Münzregal keine Erwerbsquelle sein. Durch den Regierungsentwurf werde die Bankfreiheit geschädigt.

Abg. Lamey spricht sich über das Münzregal des Staates aus.

Der Berichterstatter Abg. Hummel verteidigt den Kommissionsentwurf, welcher mit gutem Grunde hier die Bank einer Einkommensteuer unterwerfen wolle.

§ 14 und 15, 15a und 16 werden hierauf ohne weitere Diskussion angenommen, ebenso bei namentlicher Abstimmung das ganze Gezeß mit allen gegen 1 Stimme (Gerwig).

Damit wird die Sitzung geschlossen.

Karlsruhe, 27. Jan. 48. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 28. Jan., Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichtes des Abg. Müller über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1870 und 1871, Tit. I — VIII.

#### Bermischte Nachrichten.

München, 25. Jan. (Hoffm. Kor.) Im Vollzuge der letztwilligen Verfügungen Sr. Maj. des Königs Maximilian II. wurde aus Bestandtheilen des hinterlassenen Privatvermögens desselben ein Fideikommiß errichtet, welches die Bezeichnung führt: „Privatfamilien-Fideikommiß Königs Maximilian II. von Bayern.“ Sr. Maj. der König hat dem Statut für dieses Privatfamilien-Fideikommiß die allerh. Bestätigung ertheilt. Dem Fideikommißvermögen sind insbesondere an Liegenschaften einverleibt: 1) das Schloßgut Hohenschwangau, gelegen im Landgerichts- und Rentamts-Bezirk Füssen; 2) die Marburg (Kästenburg) im Landgerichts- und Rentamts-Bezirk Neustadt an der Haardt.

Im Münchener Hospital werden der „Bayer. Vdsz.“ zufolge die Vorbereitungen zur Aufführung der Wagner'schen „Walcyre“ auf's eifrigste getroffen; es werden die technischen Arbeiten und die Dekorationen zum Theil sogar in Lokaltäten der Königl. Residenz angefertigt, da im Malerpalast nicht mehr Platz genug ist.

Der „Köln. Ztg.“ zufolge ist am 25. d. Abends eine bei Düren (in der Nähe von Mülheim am Rhein) befindliche Sprengpulverfabrik explodirt. Viele Menschen (angeblich 15) sollen in Folge dieses Ereignisses theils das Leben eingebüßt, theils Verletzungen erlitten haben. Der furchtbare Knall der Explosion wurde in weiter Ferne vom Orte derselben, auch in Köln gehört.

In Aachen hat ein Kriminalprozeß gegen den Mordmörder Joh. Aloys Dffermann mit der Verurtheilung des Angeklagten zum Tode geendigt.

Hannover, 25. Jan. Nach der „N. Hannov. Ztg.“ ist es den Mitgliedern des Hoftheaters vor einiger Zeit laut Verfügung der Generalintendantur untersagt worden, sich „Hofkapellmeister, Hofkapellmeister“ (bezw. „Hofkapellmeisterinnen“) zu nennen. Sie haben das Prädikat „königl. Kapellmeister, königl. Sänger“ u. zu führen.

Berlin, 26. Jan. Vom 27. bis zum 31. d. M. erfolgt bei dem Bankhause S. Bleichröder die Subskription auf die neue russische 3prozentige Anleihe. Die Amortisation der Anleihe erfolgt binnen 81 Jahren mittels Auslosung, deren erste am 1. Februar 1871 stattfinden wird. Der Emissionspreis ist auf 80 festgesetzt; für diejenigen jedoch, welche anstatt der ratenweisen Einzahlung die von ihnen gezeichneten Aktien alsbald vollständig einzahlen, beträgt er nur etwa 79 1/2. Die bereits zahlreich eingegangenen Anmeldungen lassen eine starke Ueberzeichnung erwarten.

In Breslau ist ein „Lyceum für Damen“ eröffnet worden, in welchem Kollegien über Kunstgeschichte, Literatur und Kulturgeschichte, Pädagogik, das Wissenschaftliche auf dem Gebiete der Naturwissenschaft, Weltgeschichte und Hauswirtschaftslehre gehalten werden. Später soll auch Musik, Gesundheits-, Volkswirtschaftslehre und Botanik in den Lehrplan aufgenommen werden.

#### Badische Chronik.

Karlsruhe, 27. Jan. Gestern Abend fand in der Schubert'schen Halle eine von den kleinen Bürgerabenden in der „Eintracht“ berufene Bürger- und Einwohnerversammlung betreffs der Friedhof-Frage statt. Dieselbe wurde von Hrn. Küzle eröffnet und auf dessen Antrag Hrn. Kautz der Vorsitz übertragen. Hr. Weiß entwickelte namentlich die Gründe, welche für Verlegung des Friedhofs trotz der von den Gemeindefürsorge im Sinne einer bloßen Erweiterung des gegenwärtigen Platzes (und zwar mit an Einmüthigkeit grenzender Mehrheit) bereits gefaßten Beschlüsse sprechen, und zwar wesentlich vom Standpunkte der Bewohner des östlichen Stadttheils. Besonders suchte er u. A. die Unbegrenztheit der Bedenken nachzuweisen, welche aus Pictatorücksichten gegen eine Verlegung laut geworden seien. Hr. Schneider knüpfte hieran einige weitere Auseinandersetzungen über das allgemein städtische Interesse, welches seiner Ansicht nach für eine Verlegung in Betracht komme; die Entwicklung Karlsruhe's aus einer Freiburgerpflanze zu einem selbständigen Leben könne nur mittelst der Industrie erfolgen, und es werde von günstigstem Einflusse sein, wenn in unmittelbarer Nähe des Güterbahnhofs, an einer der wenigen Stellen, wo überhaupt eine Ausdehnung der Stadt noch möglich sei, Raum gewonnen und zugleich eine Verbindung mit der Stadt hergestellt werde, indem jetzt schon die Fabriken wegen mangelnden Raumes und andererseits wegen Nähe der Bahn auf Vicartheimer Gemarkung hinausgedrängt seien. Auch könne es der Gesamtheit nicht gleichgültig sein, daß in einem Theile Karlsruhe's der Boden- und Häuserwerth rasch bleibe, ja bei dem Anwaschen des Rugarthensviertels zuletzt gar sinke und damit viele hundert, namentlich ärmere

Bürger schwer geschädigt würden, während anderwärts in Folge der günstigen Umstände eine kolossale Werthsteigerung eingetreten sei; nicht minder trafen die schlimmen gesundheitlichen Wirkungen der dortigen Wohnungsverhältnisse möglicher Weise einmal ganz Karlsruhe. Hr. Schneider verlas hierauf eine in gleichem Sinne abgefaßte Eingabe an die Gemeindevertretung. Hr. Kautz theilte noch mit, daß der Stadtbekämmerer das Anerbieten gemacht worden sei, für die schon in der Nähe des jetzigen Friedhofs erworbenen 4 Morgen an anderer Stelle 12 Morgen abzutauschen. — Da sich Niemand weiter zum Worte meldete, so wurde die Eingabe zur Unterzeichnung aufgelegt und sofort mit weit über 100 Unterschriften bedeckt. Wie wir hören, sollen weitere Unterschriften gesammelt werden.

Die Versammlung war sehr stark besucht, doch verhältnismäßig weit vorwiegend von Bewohnern des östlichen Stadttheils.

Heidelberg, 26. Jan. (Heidelb. Ztg.) Der am verfloffenen Sonntag in Friedrichsfeld von seinem etwas hohen Posten herabgestürzte und in Folge dessen in das hiesige Hospital verbrachte Eisenbahn-Zugmeister ist, wie wir mit Vergnügen konstatieren, wiederum in Dienst getreten — und diesmal mit einem blauen Male davon gekommen.

Schwesingen, 26. Jan. In der gestrigen Generalversammlung des Vorstandsvereins wurde über das erste Geschäfts-jahr Bericht erstattet. Darnach belief sich der Umsatz auf nahezu 80,000 fl. Die Mitgliederzahl betrug 113. Davon kamen auf Schwesingen 70, auf die übrigen Ortsgemeinden des hiesigen Bezirkes 43. Weitere 20 Mitglieder sind neu angemeldet. Dem seitherigen Kontrolleur sowie dem Kassier wurde als Zeichen dankbarer Anerkennung ihrer erfolgreichen Mithewaltung die Hälfte der Bruttoeinnahme des verfloffenen Jahres als Geschenk zu Theil. Außerdem wurde festgesetzt, daß genannte Beamten die Hälfte jener Einnahme im Verhältnis von je 1/3 und 2/3 als festen Gehalt für die nächste Zeit zu beanspruchen hätten. In der darauf folgenden statutenmäßigen Neuwahl der Vorstands- und Ausschußmitglieder wurde Hr. Kaufmann J. Bräuninger zum ersten Vorstands- und Hr. Rentamtman Stürzenacker zum Kontrolleur mit überwiegender Stimmenmehrheit gewählt. Die Neuwahl des Kassiers, mit dessen Amt seither Hr. Bürgermeister Wittmann betraut war, wird in nächster Zeit durch den Ausschuß und die beiden andern Vorstandsmitglieder vollzogen werden. Die Beschlußfassung über andere wichtige Fragen, welche eine Aenderung der Statuten notwendig machen würden, wurde bis zur nächsten Generalversammlung und bis zur Publikation des Genossenschaftsgezeß verschoben.

Der Krankenunterstützungs- und Sterbekassen-Verein weist in seinem unlängst veröffentlichten Rechenschaftsbericht eine Einnahme von 1181 fl. 1 kr., und eine Ausgabe von 923 fl. 4 kr. nach. Der Vermögensstand besteht in 1791 fl. 33 kr. mit einer Vermehrung gegen das Vorjahr von 46 fl. 23 kr.

Aus der Ortenau, 20. Jan. (B. Vdsz.) Wie in mehreren Orten des Amtsbezirks Bülz, sind auch bei uns bei der Kälte vom 30./31. Dez. v. J. die niederen Lagen Neben (Borhügel) in Ortenberg, Zell, namentlich Rammerweier, Ebersweier, Zundweier, Offenburg theils ganz, theils 1/2-2/3 erfroren und haben insbesondere die weißen Sorten am meisten gelitten; daß die Weinpreise nach solchem Umstande und in Rücksicht des fast unbedeutenden 1869er Ertragnisses bedeutend gestiegen sind, wird schwerlich auffallend erscheinen. Für weiße Weine werden statt früher 24 fl. jetzt durchschnittlich 28-33 fl. erlöst, und werden die 69er Borräthe bald gelichtet sein.

Aus der Saar, 25. Jan. Die Kreis-Musikschule zur Hebung der Musikwerkmaherei erregt in unserer Gegend lebhaftes Interesse. Wir schließen dies daraus, daß in mehreren Blättern derselben rühmend Erwähnung geschah und deren Einrichtung besprochen wurde. Nun machte eine weniger berufene Stimme aus Hornberg im Billinger Lokalblatt den Vorschlag, die Schule nach Billingen zu verlegen, damit das „unwürdige Wandern“ des Lehrers aufhöre. Dieser ganz falschen Auffassung der Anstalt wurde sofort gründlich in demselben Organe von einer sachverständigen, jedoch keineswegs amtlichen Feder entgegengetreten. Anstatt daß sich die Vorstände der Schule freuen über den regen Eifer Anderer, beschuldigen heute mehrere Mitglieder des Aufsichtsrathes im Kreisverordnungsblatt ohne jede thatsächliche Begründung die Berichterstatter des Mangels an Takt. Man möge doch endlich die Thatsache anerkennen, daß die Presse selbst die Schäden wieder gut macht, die sie verursacht, und dies geschah in unserem Falle ohne amtliches Zutun!

Billingen, 25. Jan. Vergangenen Samstag schloß Robert v. Schlagintweit seine Vorlesung über den Himalaya. Prof. Zimmermann las gestern zum letzten Mal über Upland. Während Hr. Schlagintweit uns lebendige Bilder der großartigsten Natur vorführte, fesselte der Literaturhistoriker durch die vortreffliche Schilderung des schwäbischen Dichters und seiner Werke. Wir hätten gerne noch öfter dergleichen höchst anregende Vorträge gehört.

Pfullendorf, 23. Jan. (Konst. Ztg.) Der jüngst in unserem Bürgerverein gehaltene Vortrag des Hrn. Abg. Heilig hat Nachfolge gefunden. Am letzten Gesellschaftsabend unterzog sich Hr. Bürgermeister Maier der Aufgabe, ein Bild unseres städtischen Gesundheitszustandes zu entwerfen. Es waltete hierbei die Absicht ob, Vorurtheilen — irrigen Anschauungen, mitunter auch nicht sonderlich gutem Willen einsprungen — über die Gemeindeverwaltung zu begegnen und ungerechtfertigte Beforgnisse zu heben. Die gemachte Darlegung dürfte diesem Zwecke vollkommen entsprochen haben. Nächstens wird Hr. Spitalverwalter Kirchner über einschlägige Verhältnisse des Spitals Bericht erstatten. Diesen Winter sollen dann noch zwei ähnliche Vorträge an die Reihe kommen. — Am 3. Febr. wird auf hiesigem Rathaus die erste Ziviltrauung stattfinden. Bräutigam ist der bereits 70 Jahre alte Barbier Dallmann von hier.

Frankfurt, 27. Jan. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 250 1/2, Staatsbahn-Aktien 365 1/2, Silberrente 57 1/2, 1860er Loose 80 1/2, Amerikaner 91 1/2.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 28. Jan. 1. Quartal. 17. Abonnementsvorstellung. Nord und Süd, Posse in 1 Akt, von Charles Narey. Hierauf, zum ersten Mal: Der letzte Zauberer, fantastische Operette in 2 Akten, von Jwan Turgenjew; übersetzt von Richard Vogl. Musik von Paulina Viardot-Garcia.

